

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 886 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64



## Inhalt

Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB erinnert an das politische Vermächtnis Georg August Zinns: Die sozialdemokratische Alternative.

Seite 1

Heinz Kaiser MdL fragt nach der Zukunft der bayerischen High-Tech-Industrie: Staatsregierung ließ sich über den Tisch ziehen.

Seite 3

Hans-Josef Legand bespricht das Buch von Thomas Schmid: Berlin - der kapitale Irrtum.

Seite 5

46. Jahrgang / 98

27. Mai 1991

### Die sozialdemokratische Alternative

Das Erbe Georg August Zinns ist in guten Händen

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB  
Vorsitzende der SPD-Hessen-Süd,  
Mitglied des Parteipräsidiums.

Ein unverwechselbares Profil hat das Land Hessen über viele Jahre hinweg ausgezeichnet. Es war das Profil von Sozialdemokraten wie Georg August Zinn: sozial, fortschrittlich, radikal-demokratisch. Die Attribute der Politik Zinns - der große Sozialdemokrat wäre heute am 27. Mai 90 Jahre alt geworden - sind auch die der neuen Hessen-SPD. Sein Erbe ist in guten Händen.

Georg August Zinn stammte aus Sachsenhausen, war also Frankfurter Bub. Mit der Familie zog er nach Bielefeld und Hamburg. Als sein Vater im Ersten Weltkrieg eine Position als Ingenieur bei den Kasseler Henschel-Werken fand, wurde die nordhessische Metropole der bevorzugte Mittelpunkt seiner Lebensbeziehungen. Weil der Vater früh starb, mußte der älteste Sohn sich schon als Abiturient um den Unterhalt der Familie kümmern. Er verband Verwaltungsarbeit für die Stadt Kassel geschickt mit dem Studium der Rechtswissenschaften in Göttingen und Berlin. Mit seinem Bruder Karl (1906-1943) schloß er sich früh der Arbeiterbewegung an. In der Kasseler Arbeiterjugend und im Reichsbanner fand er Freunde fürs ganze Leben, wobei die Brüder Witrock besonders hervorzuheben sind.

Bei den Kommunalwahlen des Jahres 1929 rückte Zinn als "Benjamin" in das Kasseler Stadtparlament. Dort erwartete ihn eine besondere Aufgabe: Roland Freisler, der spätere Blutrichter des Nationalsozialismus nutzte die Rednerbühne im Ratssaal zu polemischen Ausfällen gegen die Weimarer Demokratie. Zinn und seine Freunde weisen ihn mit all ihren Möglichkeiten in die Schranken. Er bewährte sich außerdem in den Auseinandersetzungen mit SA und SS nicht nur als politischer Kämpfer, sondern auch als mutiger Rechtsschutz für verfolgte Gewerkschafter und Parteifreunde, bis er selbst vorübergehend verhaftet wurde.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemalierter Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



Den Schrecken des Krieges erlebte er selbst als Soldat. Im Juni 1945 konnte er aus amerikanischer Gefangenschaft in sein geliebtes, doch unsäglich zerstörtes Kassel heimkehren. Schon im Herbst berief ihn Ministerpräsident Karl Geiler als Landesjustizminister in das Wiesbadener Kabinett. Im Parlamentarischen Rat übernahm Zinn eine zentrale Rolle. Er kümmerte sich nicht nur um den rechtspolitischen Teil und um die Endredaktion des gesamten Verfassungstextes, vielmehr war es Zinn, der im April 1949 in enger Absprache mit Kurt Schumacher und zugleich in harter Konfrontation mit Konrad Adenauer dafür sorgte, daß der Bund eine ausreichende finanzielle Ausstattung erhielt. Es gehört zur Ironie der Bonner Staatsgründung, daß Adenauer als erster Bundeskanzler in den Genuß dieser Errungenschaften kam.

Zinn war kein geborener, sondern ein "gelernter" Föderalist. Er kam aus der Verwaltungspraxis Preußens und aus der zentralistischen Tradition der Sozialdemokratie. Aber er lernte als Ministerpräsident ab 1950/51 immer mehr den Wert eines integralen Föderalismus schätzen. Zinn bekämpfte den Separatismus, trat aber für die Gewaltenteilung im Bund ein und formulierte einen progressiven Kulturföderalismus, um den "Kulturstaat" als Produkt sozialdemokratischer Länderpolitik und als Vollendung des Sozialstaates zu verwirklichen. Damit entwickelte er die sozialdemokratische Alternative zur restaurativen Politik Adenauerscher Provenienz.

Eine biographische Würdigung des Lebenswerkes umfaßt viele Stichworte, die hier nicht einzeln ausgeführt werden können: Integration der Heimatvertriebenen, Bau von Dorfgemeinschafts- und Bürgerhäusern, Kleiner und Großer Hessenplan, Kampf um die Neugliederung der Länder, Verteidigung der Medienverfassung, Regelung der Parteienfinanzierung, Einrichtung des Hessentages, Ringen um die deutsche Einheit, Einleitung der Ostpolitik, Entwicklungshilfe.

Bleibende Wirkung dürfte vor allem der Schulpolitik und der Bildungsreform zukommen, die Zinn gemeinsam mit Kultusminister Ernst Schütte und Willi Birkelbach betrieb. Es begann mit Schulgeldfreiheit und 9. Schuljahr, führte über Dorfgemeinschaftsschulen und Hessen-Kolleg zur Hochschulreform und zur integrierten Gesamtschule. Wenn die Bildungsgänge heute durchlässig geworden sind und ein großer Anteil jedes Jahrgangs zum Studium und in höher qualifizierte Berufe geführt wird, ist das auf Reformen zurückzuführen, die unter Ministerpräsident Zinn richtungsweisend in Angriff genommen wurden.

Unter Ministerpräsident Georg August Zinn errang Hessen die wirtschafts-, gesellschafts- und bildungspolitische Spitzenstellung unter den Bundesländern. Die Bildungsrevolution der sechziger Jahre brachte einen Fortschritt, den die Episode Wallmann nicht wieder rückgängig machen konnte.

Auf dem Höhepunkt seiner Popularität Ende der sechziger Jahre lag der Bekanntheitsgrad Georg August Zinns in Hessen beständig um 95 Prozent. Er übertraf dabei seine sozialdemokratischen Mitkämpfer an der Spitze der Landespartei fast um das Doppelte. Kein anderer Länderchef erreichte solche Werte. Zur Bekanntheit kam eine hohe Beliebtheit und eine starke Identifikation mit der Sozialdemokratie als Regierungspartei in Hessen.

Heute steht mit Hans Eichel erneut ein sozialdemokratischer Ministerpräsident am Beginn einer politischen Ära - für die SPD und das Land Hessen die Chance wie zu Zeiten Zinns Politik über den Tag hinaus zu gestalten.

(-/27. Mai 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

**Was wird aus bayerischen High-Tech-Kapazitäten?****Staatsregierung ließ sich bei "Elefantenhochzeit" Daimler/MBB über den Tisch ziehen****Von Heinz Kalaer MdB**

Die Fusion von Daimler-Benz mit MBB hat für Bayern erhebliche negative Folgen. Die Anfang des Jahres vom Hamburger Bürgermeister Voscherau geäußerte Auffassung, "bei der Neuordnung der Eigentumsverhältnisse habe Hamburg die Flugzeugproduktion und Bayern die Rüstungsindustrie gewählt" trifft leider den Kern der Sache und läßt die Staatsregierung als "wirtschaftspolitische Laienspielschar" erscheinen.

Als krasse Fehleinschätzung hat sich auch die positive Bewertung des Konzepts zur Strukturierung des Geschäftsbereiches Luftfahrt der Deutschen Aerospace erwiesen. So ist die nach der Rahmenvereinbarung zwischen den Ländergesellschaftern Bayern, Hamburg und Bremen und der Daimler-Benz AG erfolgte Neustrukturierung der Deutschen Airbus als Systemführungsgesellschaft ein verhängnisvoller Fehler gewesen.

Im Gegensatz zu den Behauptungen der Staatsregierung ist die Deutsche Airbus rechtlich selbständig und unterliegt nicht der industriellen Führung von Daimler-Benz. Die Folgen dieser Konstruktion sind für Bayern schwerwiegend. Wegen der, bedingt durch Entspannung und Abrüstung, erfreulicherweise rückläufigen Nachfrage nach militärischen Gütern sind die MBB-Werke im Süden unausgelastet, die DA-Produktionsstätten im Norden wegen der steigenden Airbusnachfrage überbeschäftigt und haben seit knapp zwei Jahren rund 3.000 Mitarbeiter zusätzlich eingestellt. Die von München nach Hamburg abgegebenen unternehmerischen Leitungsfunktionen machen die MBB-Werke (und Dornier-Werke) im Süden zu Bittstellern der DA. (Die Pensionslasten für circa 4.500 Ruheständler aus den ausgegliederten Werken 'dürfen' allerdings weiter von der MBB-Versorgungskasse getragen werden.)

Ich weise weiter darauf hin, daß die Betriebsräte und Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat von MBB, weitgehend auf sich allein gestellt, um den in der Rahmenvereinbarung enthaltenen Beschäftigungsausgleich zwischen Nord und Süd knüpfen müssen. In den Verhandlungen zu einer Betriebsvereinbarung über einen Interessenausgleich zur DASA-Umstrukturierung hat der Konzernbetriebsrat nachweisen können, daß die Verlagerung von 708.000 Arbeitsstunden nicht ausreicht, um den Beschäftigungsstand im Süden zu halten, sondern daß ein weiteres Arbeitspaket von mindestens 400.000 Stunden notwendig sei.

Die im Zuge der Neustrukturierung geplante Eingliederung der beiden außerbayerischen bisherigen MBB-Werke Laupheim und Speyer, sowie des Dornier-Werkes München-Neuaubing in die Deutsche Airbus bedeutet eine weitere Verlagerung von unternehmerischen Führungsfunktionen von Bayern und Hamburg. Ob sich die Hoffnungen auf eine dauerhafte Auslastung des Werkes Neuaubing (circa 1.350 Beschäftigte) mit Airbusarbeiten bei dem großen Übergewicht des Nordens innerhalb der DA realisieren läßt, muß offen bleiben.

Aus dem MBB-Werk Donauwörth (insgesamt circa 3.000 Beschäftigte) wurde bereits die Waggonproduktion der ICE-Züge zur Daimler-Tochter AEG-Westinghouse in Berlin verlagert, 350 Arbeitsplätze von Facharbeitern, Technikern und rund 70 Ingenieuren gingen verloren. Bayern hat ein wichtiges Standbein in der zukunftssträchtigen Verkehrstechnik weniger. Als 'Ausgleich' erhält Donauwörth aus dem in die DA umzugliedernden Werk Speyer circa 350 Arbeitsplätze in der Hubschrauberbetreuung zu den schon vorhandenen Kapazitäten in der Hubschrauberproduktion (300 - 400 Beschäftigte).

Es ist geplant, daß der Entwicklungsbereich Hubschrauber in Ottobrunn (1.500 hochqualifizierte Arbeitsplätze) zusammen mit Hubschrauberaktivitäten von MBB-Beteiligungsgesellschaften aus MBB ausgegliedert, zusammen mit dem Werk Donauwörth in einer eigenen Rechtsperson zusammengefaßt und ab 1. Januar 1992 in eine mit der Aerospatiale SA, Toulouse, zu bildende Managementholding Eurocopter SA eingebracht werden soll. Als Vorstufe dazu ist am 7. Mai dieses Jahres eine gemeinsame Vertriebsgesellschaft Eurocopter International GIE in Courmeuve in Paris gegründet worden.

In einem Bericht vor mehreren Ausschüssen des Landtags hat Finanzminister von Waldenfels im November letzten Jahres zwar diese Konzentration erwähnt, aber die Tatsache verschwiegen, daß an dieser neuzugründenden Aktionengesellschaft MBB nur eine Minderheitsbeteiligung von 40 Prozent erhält, die unternehmerischen Leitungsfunktionen also nach Frankreich abwandern.

Bayern, das europäische Zentrum der Luft- und Raumfahrtindustrie? Was wird denn jetzt aus den bayerischen High-Tech-Kapazitäten? Ich weise darauf hin, daß die Rüstungsprojekte PAH 2 (Panzerabwehrhubschrauber) und NH 90 (NATO-Hubschrauber) bei einer mehrheitlich französisch geführten Firma zuerst auf bayerische Arbeitsplätze durchschlagen wird.

Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von MBB, Alois Schwarz, hat recht, wenn er kürzlich von einem 'Ausverkauf der deutschen Luftfahrtindustrie' gesprochen hat.

Doch das 'Ausschlachten von MBB' geht offenbar munter weiter. Ich verweise auf einen Bericht in der 'Wirtschaftswoche' vom 10. Mai 1991, wonach eine Zusammenfassung der Mikroelektronik-Aktivitäten der DASA, hier insbesondere von MBB, aber auch Dornier, mit der in diesem Bereich wesentlich stärkeren AEG (Sitz Frankfurt und Berlin) geplant ist. So verabschiedet sich Bayern Stück für Stück als High-Tech-Standort.

Unter all diesen Aspekten können die Aussichten für die Arbeitsplätze und die Entwicklung der bayerischen MBB-Werke nur als düster bezeichnet werden. Umso mehr kommt es jetzt darauf an, die Rüstungskonversion endlich energisch voranzutreiben. Ich erinnere Herrn Streibl daran, daß die SPD für die Umstellung auf zivile Produkte einen konkreten Maßnahmenkatalog im Landtag eingebracht hat. Auch der DASA-Konzernbetriebsrat hat dazu einen Vorschlag unterbreitet, der allerdings vom Vorstand nicht akzeptiert worden ist.

Die Staatsregierung sollte endlich auch ihre Vorstellungen korrigieren, wonach das DASA-Konzept darauf aufbaut, daß der Jäger 90 gebaut wird. Davon kann keine Rede mehr sein, und damit sind weitere Arbeitsplätze gefährdet.

- Von den 2.400 Mitarbeitern im MBB-Werk Augsburg sind die Hälfte mit der Ende 92 auslaufenden Tornado-Produktion beschäftigt.
- In Ottobrunn sind circa 1.800 Mitarbeiter an der zum Abschluß kommenden Entwicklung des Jäger 90 beteiligt.
- Das MBB-Werk Manching existiert nur vom Tornado-Bau und Wartungsaufträgen für Militärflugzeuge und ist schon jetzt unterbeschäftigt.

Ich fordere Ministerpräsident Streibl auf, in folgenden Punkten nachdrücklich auf die Geschäftspolitik von DASA und MBB zusammen mit der Arbeitnehmervertretung Einfluß zu nehmen:

- ernsthafte Maßnahmen zur Rüstungskonversion, insbesondere Vorlage eines dauerhaft tragfähigen Standortkonzeptes für den MBB-Entwicklungsbereich in Ottobrunn zum Erhalt der High-Tech-Kapazitäten in Bayern und
- Verlagerung weiterer Airbusarbeitsplätze in den bayerischen MBB- und Dornier-Werken.

Ich fordere einen baldigen Bericht zur künftigen Luft- und Raumfahrtindustrie in Bayern im Parlament.

(/27. Mai 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## **Rezension**

### Eine polemische Streitschrift wider Berlin

Am 20. Juni sollen 662 Abgeordnete in Bonn über ihren künftigen Arbeitsplatz entscheiden. Wasserwerk oder Reichstag lautet die oberflächliche Alternative, die seit Monaten quer durch alle politische Lager, Parteien und gesellschaftliche Gruppen kontrovers diskutiert wird. Historische, sozial-, regional- und strukturelle Argumente und finanzielle Gesichtspunkte werden sowohl von den Bonn- als auch von den Berlin-Befürwortern ins Debatten-Feld geworfen. Politiker, Publizisten und Wissenschaftler haben sich zu Wort gemeldet und teils mit überzeugenden, teils mit polemischen Stellungnahmen entweder Position für den "Bonner Kußmund" oder die "Berliner Schnauze" bezogen. Die Werbestrategen der betroffenen Kommunen lassen keine Gelegenheit aus, die Qualitäten, Vorzüge oder historischen Anrechte der jeweiligen Stadt ins rechte Licht zu rücken. In Bürgerinitiativen ("Bonner Bürger für Berlin", "Berliner für Bonn"), Diskussions-Foren und Interessengruppen artikuliert sich auch Volkes Stimme. Schenkt man dann noch den Leserbrief-Schreibern der Lokal-Blätter und die der überregionalen Presse Glauben, so scheint die erst kürzlich im Eiltempo vereinte Nation schon wieder tief gespalten zu sein: in der Frage nämlich, von wo aus sie regiert werden sollte.

Hinter der Argumentation mancher Berliner-Lobbyisten entdeckt man dabei ein (unausgesprochenes) Motiv, das bereits bei Niccolò Machiavelli (1469-1527) auftaucht. In seinen Betrachtungen über die erste Dekade des Titus Livius ("Discorsi sopra la prima deca di Tito Livio", erschienen zwischen 1513 und 1521) schreibt der Machttheoretiker aus Florenz: "Wenn Du ein fremdes Territorium gewinnst, so verlege Deine Hauptstadt dorthin". Doch was vielleicht vor über 470 Jahren ein notwendiges Mittel der Herrschaftsstabilisierung und der Machtausweitung war, sollte am Vorabend der europäischen Einigung als Mittel ausgedient haben. Auch die Frage, für welchen herausgehobenen Ort nationaler Repräsentation sich die Bundesparlamentarier jetzt entscheiden sollten, ist falsch gestellt. Es geht nicht darum, von wo aus das "neue Deutschland" regiert wird, sondern es muß eine Antwort auf die Frage gegeben werden, wie nach der Vereinigung regiert werden soll. Daß dieser Aspekt nicht völlig aus dem Blickwinkel der öffentlichen Diskussion verloren gegangen ist, ist einem schmalen Band von Thomas Schmid zu verdanken.

Der einflußreiche politische Publizist, Vordenker der umstrittenen ökoliberalen Strömung bei den Grünen und Buchautor (zuletzt: "Staatsbegräbnis, Von ziviler Gesellschaft", Rotbuch-Verlag: Berlin 1990) stellt diesen Gedanken in den Mittelpunkt seiner polemischen Streitschrift gegen den kapitalen Irrtum Berlin. Wie zum Beispiel der SPD-Politiker Peter Glotz und der konservativ-liberale ZDF-Journalist Wolfgang Herles gehört auch er zu jener mittleren (politischen) Generation, die sich lautstark und vehement gegen die Symbolik einer Verlegung des Regierungsapparats nach Berlin zu Wort meldet. Auch Schmid's Bezugspunkt ist die erfolgreiche, vierzigjährige Geschichte der Bundesrepublik mit geiungener geistiger, politischer und kultureller Bindung an die Traditionen westlich-liberaler Demokratie, die nicht aufs Spiel gesetzt werden darf. Die Praxis des bundesstaatlichen Föderalismus, der nicht als Partikularismus mißverstanden werden darf, scheint ihm bedroht durch die politische, kulturelle und finanzielle Sogwirkung einer machtpolitisch überladenen Spree-Metropole.

### **Für die Idee vom bescheidenen Staat**

Gerade in einer Zeit, wo der deutsche Staat in und durch die Vereinigung sich seiner souveränitätshemmenden Fesseln entledigen konnte, plädiert Schmid für das Festhalten an der Idee des bescheidenen Staates, die zu einem Charaktermerkmal der Bonner Republik geworden war. Für ihn war die alte Bundesrepublik keine aus der Not geborene Hilfskonstruktion, sondern - trotz aller Mängel - eine der raren deutschen Erfolgsgeschichten, die nun erst recht fortgesetzt werden sollten. Sein "Pamphlet gegen den nationalen Wahn und für die Stärkung des demokratischen Föderalismus" (so die Verlagswerbung) macht weder platte Pro-Bonn-Stimmung noch verteufelt es die Berlin-Befürworter. Schmid fragt nach der zukünftigen Rolle Deutschlands in einem Europa, das durch die Auflösung der Blöcke in Bewegung gekommen ist und welche Bedeutung eine Hauptstadt in den Prozessen der innerstaatlichen und europäischen Integration noch spielen kann. Seine Antworten entwickelt er in kritischer Auseinandersetzung mit den Argumenten, die für Berlin ins Feld geführt werden. In seinen Augen artikuliert sich in dem Streben nach einer Hauptstadt (hier im weiteren, umfassenden Sinne des Wortes gemeint: als repräsentative Hauptstadt mit Parlaments- und Regierungssitz) ein vermodernes und im Grund absolutistisches Verständnis von Politik. Dies lehnt er als Relikt vergangener Zeiten ab. Er zeigt, daß eine Konzentration auf Berlin dem Föderalismus abträglich wäre, der demokratischen Integration der ehemals zwei deutschen Staaten nicht nutzen würde und auch den europäischen Aufgaben Deutschlands hinderlich wäre.

Schmid macht deutlich, daß der bescheidene Staat ohne Machtzentrum keiner ist, dessen eine demokratische Gesellschaft sich zu schämen hätte. Und schließlich entwirft er für Berlin eine urbane Zukunftsvision, in der sich die Stadt zu eigener Stärke durch den bewußten Verzicht entwickelt, "nur" im Schatten staatlicher Macht bedeutend sein zu wollen. Berlin, so seine Perspektive, hat Besseres verdient, als Hauptstadt zu werden. Und Bonn? Nüchternheit und Bescheidenheit sind nicht die schlechtesten Merkmale einer Regierungstadt, schreibt Schmid. Bonn verfügt über sie, sagt er weiter. Aber es verfügt nicht über das Selbstbewußtsein, daß das auch gut so ist, gibt er zu bedenken, Bonn hat heute als Erblast die Bürde zu tragen, daß die politische Klasse der Bundesrepublik ihren Staat immer nur als Provisorium zu akzeptieren bereit war. Nun soll und muß im Eilverfahren das nachvollzogen werden, was in den letzten Jahrzehnten versäumt worden ist. Die Bedingungen sind inzwischen insofern andere, als heute eine "freie" Entscheidung getroffen werden kann. Denn die Zeiten geborgter Identität, historischer Halbwahrheiten und routinemäßiger Sonntagsreden sind vorbei.

Die Schlussfolgerung, zu der nicht nur das Buch von Schmid animiert, kann eigentlich nur lauten: Wer (A) wie Anschluß der neuen Ostländer an die alten Westländer sagt, muß auch mit (B) wie Bonn als Parlaments- und Regierungssitz leben lernen.

**Thomas Schmid: Berlin - Der kapitale Irrtum. Argumente für ein föderalistisches Deutschland, Eichborn-Verlag: Frankfurt/Main 1991, 165 Seite, DM 19,80.**

Hans-Josef Legrand

(-/27. Mai 1991/rs/fr)

\*\*\*\*\*